

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 444 / 2012

Kiel, Freitag, 16. November 2012

Bildung / Ausstattung mit Lehrkräften, Unterrichtssituation

Anita Klahn: Unterrichtssituation muss weiter verbessert werden

In ihrer Rede zu **TOP 38 und 55** (Strukturelles Defizit bei der Ausstattung mit Lehrkräften, Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2011/2012) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„1.488 Stellen sollen fehlen, so rechnet es die GEW vor. Die Koalition wiederholt dies in ihrem Antrag. Der aktuelle Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2011/2012 durch die Landesregierung weist dagegen aus, dass die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein – und darum geht es ja im Kern – an den allgemeinbildenden Schulen und Förderzentren auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden konnte. An den berufsbildenden Schulen wurde diese erneut erhöht und befindet sich damit auf einem neuen Höchststand. Letzteres freut mich besonders, da diese Schulform über Jahre hinweg vernachlässigt wurde und Minister Dr. Klug hier endlich nachgesteuert hat. Gleichwohl müssen wir daran arbeiten, die Unterrichtsversorgung weiter zu verbessern.

Nimmt man jedoch die Berechnungen der GEW ernst, dann müssten wir faktisch die geplanten Personaleinsparungen entlang der demographischen Rendite zur Hälfte aufgeben. Da ist es dann auch ohne Belang, wenn die amtierende Regierung die Einsparung von Lehrerstellen aus politischen Opportunitätsgründen auf kommende Haushalte verschiebt und nebenbei so den Einspardruck in Zukunft noch erhöht.

Uns allen hier in diesem hohen Haus muss doch klar sein, auch wenn es nicht gefällt – mir so wenig wie Ihnen –, dass ein zur Haushaltskonsolidierung dringend notwendiges Personaleinsparkonzept, das die mit Abstand größte Beschäftigtengruppe auf diese Art und Weise ausnehmen würde, kein tragfähiges Konzept mehr ist.

Ich möchte abschließend auf einen weiteren Aspekt des Berichts eingehen: So ist die Schülerzahl an den Gymnasien trotz bekannter demographischer Entwicklung um gut 1.000 Schülerinnen und Schüler weiter gestiegen. Vergleicht man jetzt die Übergänge und die Übergangsempfehlung von den Grundschulen an die weiterführenden Schulen, so sind zwei Zahlen besonders interessant. Knapp 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung wechseln auf Gymnasien, jedoch nur acht Prozent auf Gemeinschaftsschulen.



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-sh.de

Dieser niedrige Wert ist damit im Vergleich zum Vorjahr noch mal gesunken. Das sagt mir, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Gymnasien wollen.

Kolleginnen und Kollegen der Koalition, Ihr Feldzug gegen diese Schulform richtet sich damit direkt gegen den Bürgerwillen. Das wird noch deutlicher, wenn man sich die Entwicklung an den G9-Gymnasien anschaut, wie zum Beispiel das Flensburger Fördegymnasium, welches aus allen Nähten platzt. Ich fordere die Koalition daher an dieser Stelle erneut auf: Ziehen Sie ihr unsägliches Vorschaltgesetz zurück! Lassen Sie den Schulen die Wahlfreiheit! Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wollen G9 an Gymnasien. Beenden Sie Ihre Einheitsschulpolitik!“